

**Postulat Fraktion SP/JUSO (Margrith Beyeler/Michael Aebersold, SP):  
Wohnen in der Stadt Bern: Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau**

Die in den letzten Jahren gemachten Anstrengungen der Stadt Bern zur Förderung der Wohnbautätigkeit beginnen Früchte zu tragen. Rund 600 Wohnungen sind im Bau, gegen 700 Wohnungen befinden sich im Baubewilligungsverfahren, weitere 600 Wohnungen befinden sich in konkreter Planung. Trotzdem herrscht in Bern mit einem Leerwohnungsbestand von nur noch 0.38% (Stand 1.6.08) Wohnungsnot. Um die Bevölkerungszahl wie anvisiert zu erhöhen, braucht es neue Wohnungen. Alleine mit Verdichtung und Erneuerungen innerhalb der bestehenden Bausubstanz kann dieses Ziel nicht erreicht werden.

Eine wichtige Funktion im Hinblick auf eine Verbesserung des Wohnungsangebots können die gemeinnützigen Wohnbauträger (Genossenschaften, Stiftungen, Vereine und weitere Bauträger) übernehmen. Die gemeinnützigen Wohnbauträger der Stadt Bern weisen im Vergleich zu anderen Schweizer Städten jedoch einen deutlich kleineren Marktanteil auf. Mit dem Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots, welches sich zurzeit in Vernehmlassung befindet, will der Kanton gemeinnützige Wohnbauträger und ihre Fachorganisationen bei der Projektentwicklung mit Beiträgen verstärkt unterstützen.

Den neuen Elan gilt es zu nutzen! Damit die Stadt Bern wie auch der Kanton ihre Aufgaben gemäss Kantonsverfassung stärker wahrnehmen können, soll eine Beratungs- und Förderstelle für gemeinnützigen Wohnungsbau geschaffen werden. Zu ihrem Aufgabenbereich soll unter anderem gehören: Entwicklung von Projekten, Vorbereitung und Begleitung von Organisationsentwicklungen, Beratung und Unterstützung der gemeinnützigen Wohnbauträger, Vermittlung von Bauland und von Kontakten, Förderung der Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgern im Bereich Neubau, Ersatzbau und Sanierungen, Abgabe günstiger Baurechte, systematische Suche und Vermittlung von Bauland und Liegenschaften sowie die Abklärung ihrer Eignung für den gemeinnützigen Wohnungsbau, die Bereitstellung von Daten und Dokumentationen. Da Wohnbaupolitik eine regionale Bedeutung hat, soll diese Fachstelle möglichst regional tätig sein.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten,

1. eine Beratungs- und Förderstelle für gemeinnützigen Wohnungsbau einzurichten mit den oben genannten Aufgabenbereichen.
2. Die Agglomerationsgemeinden mit einzubeziehen und zur Mitarbeit zu motivieren sowie die Koordination mit den kantonalen Förderbemühungen bei der Einrichtung der Förderstelle zu gewährleisten. Die Träger des gemeinnützigen Wohnungsbaus sollen ebenfalls in geeigneter Form einbezogen werden (z.B. über eine Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Wohnbaugenossenschaften „Schweizerischer Verband für das Wohnungswesen SVW Sektion Bern- Solothurn“).
3. Gemeinnützigen Genossenschaften Grundstücke der öffentlichen Hand zu günstigen Konditionen im Baurecht zu überlassen und sich dafür einzusetzen, dass die wichtigsten Grundstückbesitzer (insbesondere Bernburger, SBB, Bund und Kanton) dies auch tun.
4. Dafür zu sorgen, dass die gemeinnützigen Wohnbauträger zur Verbesserung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien Finanzhilfen aus der „Stiftung Klimarappen“ beantragen und beziehen.

Bern, 30. Oktober 2008

*Postulat Fraktion SP/JUSO (Margrith Beyeler/Michael Aebersold, SP), Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Christof Berger, Thomas Göttin, Andreas Zysset, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Stefan Jordi, Rolf Schuler, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Gisela Vollmer, Corinne Mathieu, Beni Hirt, Ursula Marti*

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Gemeinderat ist bereit, das Anliegen zu prüfen.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 1. April 2009

Der Gemeinderat